

Lichtenstein-Gößnitzer Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Gößnitz, Nödlitz, Temritz, Siedorf, St. Egidi, Heinrichsdorf, Mariendorf, Raudorf, Orlamündorf, Willen St. Nicolaus, St. Jacob, St. Michael, Singendorf, Hora, Niedermühle, Gößnitzgrund und Zschöpeck

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Alteste Zeitung im

Amtsgerichtsbereich

Nr. 157.

Hauptfesttagsorgane
im Amtsgerichtsbereich.

Freitag, den 11. Juli

Wochentliche Zeitung
im Amtsgerichtsbereich.

1919.

69. Jahrgang.

Bezirksverband.
Nr. 706, Seite 2.

Aehrenlesen, Felder- und Wiesenschutz.

1. Vor beendigter Ernte ist Unbefugten alles Betreten von Feldgrundstücken und Wiesen verboten.

Das Betreten der Feldtraine und Feldwege ist, soweit sie nicht öffentliche Wege sind, Unbefugten in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 7 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verboten.

Das Aehrenlesen auf den Feldern ist nur mit Genehmigung des Besitzers und nur in der Zeit von 8 bis 11 Uhr vormittags und 2 bis 6 Uhr nachmittags zulässig. Die ausgelesenen Aehren von Weizen, Roggen und Gerste sind an die Feldbesitzer oder an die Ortsbevölkerung gegen entsprechende Entschädigung abzuliefern. Jede andere Verwendung ist unzulässig, da die genannten Früchte mit der Trennung vom Boden beschädigt sind.

2. Zuwidderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Die Vorschriften in § 368 Ziffer 9 des Reichs-Straf-Gesetzbuchs und § 18 Ziffer 1 des sächs. Forst- und Feld-Strafgesetzes bleiben unberührt.

3. Die Gendarmerie, die örtlichen Polizeigebäude und die von den Ortsbehörden bestellten und noch zu bestellenden Flurzähler erhalten hiermit Anweisung, jeden Zuwidderhandlungsfall unbedingtlich zur Anzeige zu bringen.

Glauchau, am 5. Juli 1919.
Freiherr v. Welz, Amtshauptmann.

Kleinhandelsbörsipreise für Zucker.

Auf Grund des Gesetzes über eine vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Übergangswirtschaft vom 17. April 1919 (R. G. Bl.

S. 394) ist vom Reichsernährungsministerium mit Zustimmung des Staatenausschusses und des von der Nationalversammlung gewählten Ausschusses der Preise für gemahlene Melis beim Verkaufe durch Verbrauchszuckersabreien mit Wirkung vom 1. Juli 1919 ab auf der Grundlage von 44,80 Pf. für 50 Kilogramm ohne Sack ab Magdeburg einschließlich der Verbrauchssteuer festgelegt worden.

Infolgedessen macht sich auch eine Neufestsetzung der Kleinhandelsbörsipreise für Zucker erforderlich.

Es dürfen bei der Abgabe von Zucker im Kleinverkauf folgende Preise nicht überschritten werden:

Für gemahlene Melis I und Kristallzucker	56 Pf. für 1 Pf.
• gemahlene Raffinade	58 - - 1 -
• Buderzucker	60 - - 1 -
• Preßzucker	62 - - 1 -
• Schnittzucker	63 - - 1 -
• Stückchenzucker	60 - - 1 -
• Brotzucker	60 - - 1 -
• Randsis, braun	72 - - 1 -
• Randsis, weiß	74 - - 1 -
• Randsis, schwarz	74 - - 1 -

Kleinverkauf ist der Verkauf unmittelbar an Verbraucher in der in offenen Läden üblichen Art.

Vorliegende Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betr. Höchstpreise vom 4. August 1914 und der dazu ergangenen Abänderungsverordnungen.

Die neuen Kleinhandelspreise treten mit dem Tage der Verkündung dieser Verordnung in Kraft. Am gleichen Tage treten die Verordnungen vom 28. Oktober 1918 und vom 29. März 1919 (Sächs. Staatszeitung Nr. 252 und 74) außer Kraft.

Dresden, den 8. Juli 1919.

Wirtschaftsministerium,
Landeslebensmittelamt.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Aus London wird gemeldet: Den Behörden seien mehrere Warnungen zugegangen, wonach das Leben des Czaras gefährdet sein soll, so daß er durch die Stufen Londons geführt werden sollte. Kein Bundes noch der Partei veröffentlichte dies. Londoner Zeitungen, aber vorläufig ist ja dem Unteren Pöbel das Schauspiel noch gar nicht geschehen.

* Wie die "Morning Post" hört, ist ein Vertrag in Vorbereitung, durch das den Mitgliedern der Nationalversammlung aus den besetzten Gebieten erlaubt werden soll, ihr Mandat weiter auszuüben.

* Aus Südtirol kommen vorläufige Nachrichten, daß die Italiener dort die Angliederung des Gebietes bis zum Brenner an Italien befürworten haben, offenbar zu dem Zweck, die Friedensnotunterkunft vor die jetzige Tatsache zu stellen.

* Der Reichspräsident hat das Abstimmungsrecht des Reichswirtschaftsministers Wissel angenommen.

* Die Gefahr einer Großdeutschen Republik, die Hessen, Mainhessen, Hessen-Nassau und das größere Westfalen umfassen soll, rückt infolge der Propaganda des hessischen Ministerpräsidenten Ulrich (Soz.) immer näher.

* In der sächsischen Volkskammer sind gestern eine lebhafe Aussprache über eine Interpellation der Sozial-Partei betriebe; Hat die Regierung Mittwoch an der Hand, um der fortgesetzten Vertreibung von Leib und Heimgegnern zu begegnen? Beide Parteien waren nicht gefaßt.

Der Friedensvertrag angenommen!

Weimar, den 9. Juli. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde das Gesetz betr. die Ratifikation des Friedensvertrages in 3. Lesung in namentlicher Abstimmung mit 208 gegen 115 Stimmen angenommen.

Das Gesetz umfaßt nur folgende Artikel:

Artikel 1 bestimmt: „Dem am 28. 6. 19 unterzeichneten Friedensvertrag zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten und dem dazu gehörenden Protokoll sowie der am gleichen Tage unterzeichneten Vereinbarung über die militärische Besetzung der Rheinlande wird zugestimmt. Der Friedensvertrag, das Protokoll und die Vereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.“

Nach Artikel 2 tritt das Gesetz mit dem Tage der Verkündigung in Kraft. Der Friedensvertrag, das Protokoll und die Vereinbarung sind nebeneinander in französischer, englischer und deutscher Sprache abgedruckt, so daß ein Band von 550 Seiten entsteht. Dazu wird auch das Kartenmaterial geliefert. Die erste Karte umfaßt die Grenzen des künftigen Deutschlands unter genauer Einzeichnung der abgetrennten Gebiete sowie derjenigen Landesteile, in denen eine Volksabstimmung zu erfolgen hat. Dasselbe ist Elsass-Lothringen bereits als Freistaat Frankreich eingerichtet. Die zweite Karte ist eine Sonderkarte des Saargebietes, die dritte Karte grenzt die beiden Zonen in Nordhessen ab (auf die dritte Zone hat die Entente verzichtet) und die vierte Karte umfaßt die Grenzen des künftigen Danzig.

Weimar, 9. Juli.
Wäßnitz: Leutenberg teilt mit, daß vom der deutschen nationalen Volkspartei folgende Entschließung verabschiedet worden ist:

„Die gesetzgebende Nationalversammlung wußt' bestimmt, die Ratifikation vorzunehmen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt: 1. daß vor dem Inkrafttreten des Artikels 227 bis 230 von Voreilen des Friedensvertrages von Rus ein Urteil darüber einholt wird, ob es nach den anerkannten Prinzipien des Völkerrechts zulässig oder üblich und gerecht ist, mit rückwirkender Kraft einen Reichstag zur Aburteilung vorhergegangener unrichtiger Verhöle gegen das Völkerrecht einzurufen und auf welche noch nicht angekündigte gewesene Strafen zu verhängen. 2. daß im Interesse der Rechtsgültigkeit zur Untersuchung der Frage von der Schul am Kriege ein neutraler Gerichtshof eingesetzt wird.“

Zu dieser Entschließung wird in der zweiten Sitzung Stellung genommen werden.

Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten Müller

öffnete die Sitzung mit einer großen Rede. In der er a. a. sagte:

Wie alle, daß ganze deutsche Volk, stehen heute vor dem Aufbruch zu einem Wohligen March durch die Wüste. Anders kann man die Zeit nicht nennen.

Der erste Schritt auf dem Leidenswege ist die Ratifikation.

Wir haben sie zu folge des letzten Rats Clemenceau besucht, weil uns die Aushebung der Macht in Ansicht gestellt wurde. Wir leugnen den Krieg an die Macht des deutschen Volkes lehnen Tag für Tag unter der Hungerblähende Fronten, ständige Kriege dahinließen haben. Die Politik, die wir im neuen Deutschland führen, darf nicht mehr auf Kosten v.a. Menschen geübt werden. (Lebhafte Beifall.) Wenn der Aufhebung der Macht haben wir noch die Hoffnung, auf die Rückkehr unserer Krieger zu rechnen. Wenn das Wort Friede nicht jederzeitig aktiver soll, muß die Zurückgabe der vier jungenen Teile erfolgen. (Lebhafte Beifall.) Sodass der Friedensvertrag auch von drei gegnerischen Staaten unterschrieben ist, was in wenigen Wochen der Fall sein wird, haben wir

ein zerstörtes Deutschland, von dem im Teil abgespalten ist, das im letzten Kriege nach Italien und Spanien zugehört, und in dem vorerst keine Bevölkerung nicht das Recht zuteil bekommen ist, nach seinem Willen über ihre Staatszugehörigkeit zu bestimmen. Wir haben nicht die Macht, diese Unzulänglichkeit zu verhindern. Wir wollen aber diesen Deutschen v. a. Sicherheit, daß wir sie nie vergessen, wie ich auch jetzt glaube, daß sie niemals unsre gemeinsame Geschichte vergessen und unser gemeinsames Leben nie verlassen werden. Im übrigen wollen wir unser deutsches Haus mit all den Kräften, die uns verbleiben, in der schweren Lebenszeit, die uns bevorsteht, so anstrengen, daß in unseren Schwänen und Deuden, die uns entstehen werden, das ewige nationale Zusammengehörigkeit wahrbleibt.

Lid auf fiktivem Wege in hoffentlich nicht zu langer Zeit in einem wahren Bunde der Völker alle fiktiven nationalen Probleme eine gerechte, o. b. den Willen der Völker achtende Lösung finden. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Kräpfig (Sos.) namens der sozialdemokratischen Fraktion: Wir stimmen der Ratifikation zu aus denselben Gründen, die uns vorher veranlaßten, der Regierung die Vollmacht zu erteilen, den Vertrag zu unterzeichnen. Dabei erhält wir aber Protest gegen den

Gewaltfrieden, der die Versöhnung der Völker hintertreibt

und Europa zu einem Explosionsherd für neue blutige Kriege zu machen droht. Wir werden nie aufhören, dagegen zu protestieren, daß Elsaß-Lothringen unter Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechts an Deutschland abgetreten werden muss und ihm nicht einmal das Optionerecht gewährt wird. Sie werden nie damit abbinden, daß man unser Kaiserreich in Städte teilt und eine große Anzahl Volksgruppen unter fremde Herrren zwingt. Wir geloben heute: Die uns entzessenen Landsleute werden wir nie vergessen, sondern allezeit dafür sorgen, daß sie als Deutsche nicht zugrunde gehen. (Beifall.) Unverzichtbar bleibt das Band mit den Deutschen in Deutschland. Lebendig ist in uns die Hoffnung, daß alle Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts bald in einem Einheitsstaate vereinigt werden. Protest erheben wir auch gegen die Regierung, welche sofort Kolonien und weisen die Unterordnung auf, daß Deutschland ihren Platz als Stützpunkt für die Verwaltung der Welt einnehme. Im Sinne der Menschheit einer furchtbaren Vorsehung war unser Volk in dem Krieg beteiligt. Wir werden uns bemühen, den Vertrag so gut durchzuführen.

Dr. Spahn (Zentrum) führt nochmals aus, was der Friedenschluß Deutschland auferlegt, er protestiert gegen Schuldbekenntnis, Raub der Kolonien usw. Seine Partei stimmt aber unter dem harren Zwang der Tatsachen dem Friedenschluß zu.

Dr. Schäding (Demokrat): Die Fraktion der Deutschdemokratischen Partei erklärt, daß sie dem Gesetz über den Friedensvertrag nicht zustimmen kann, sie überläßt die Zustimmung der Mehrheit des Hauses, die am 27. Juni die Regierung ermächtigt hat, diesen Frieden zu unterzeichnen. Die Fraktion ist heute wie damals von der Erwörgung geleitet, daß aus der Annahme dieses Friedens dem deutschen Volke noch schwerere Nachteile drohen als aus der Ablehnung. (Sehr richtig! bei den Dem.) Wenn der Friede nun, trotz des Widerspruchs unserer Fraktion, zustande kommt, so wissen wir uns einzumit dem ganzen Hause in seiner moralischen Verurteilung. Wir wollen ihn treulich erfüllen, so weit es sich erfüllen läßt. Redner erhebt dann die bekannten Proteste.

Traub (Deutsch.) bekundet namens seiner Partei, daß sie der Ratifikation des Vertrages widerspricht. Er verbreitert sich dann über den oben veröffentlichten Antrag, bezeichnet den Vertrag als unerträglich. Es werde der Tag der deutschen Befreiung kommen, die Ehre eines geknechteten Volkes sei seine höchste Gerechtigkeit. Die Wunde dieses Friedensschlusses würde nie vernarben.

Dr. Kahl (D. P.) spricht in demselben Sinne wie sein Vortredner gegen den Friedensvertrag. Er sagt zum Schluß: Wir bitten und ermahnen das deutsche Volk, die Reihen zu schließen, fleißig zu arbeiten, den Glauben an das Vaterland nicht zu verlieren, in Würde und Geduld zu leiden, bis das Weltgewissen aufwacht und ein Verbrechen jährt, das die Überwacht von 27 Feinden an uns zu begehen im Begriffe steht.

Henke (Unabh.) stimmt im Namen seiner Partei dem Vertrage zu unter dem Zwange der Gewalt, um größeres Leid von unserem Volke fernzuhalten. Er legt Verwahrung ein gegen die Loslösung deutscher Gebiete und brandmarkte den Völkerbund als Allianzgegner der zum Sozialismus aufstrebenden Völker.

Winnig (Sos.) erklärt im Namen des deutschen Opfers: die im Frieden von Versailles vorgelegene Regelung der Ostfrage stehe im unvereinbaren Widerspruch zu jenen Noten und Auskündigungen des Präsidenten Wilson, die wir und unsere Freunde in gleicher Weise als vertragsmäßige Rechtsgrundlage für den Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen angenommen. Im deutschen Osten wird dieses Grundrecht der Völker mit Füßen getreten. Einst kommt der Tag als Sieger des Rechts.

Allekoote (Zent.) legt namens der Abgeordneten und der Bevölkerung der im Westen von Deutschland losgetrennten Gebietsteile Verwahrung gegen das ihnen angetane Unrecht ein. Er erhebt Protest gegen die Form der Abstimmung im Saatgebiet und Teilen der Pfalz, die allen Rechten widerstehen.

Waldbottstein (Demokr.) legt im Namen der Abgeordneten Schleswig-Holsteins Rechtsverwahrung ein gegen die Behandlung des Landes im Friedensvertrag. Er enthält Bestimmungen, die nichts anderes sind als eine Verzerrung und Verhöhnung jeder ehrlichen Abstimmung. Er betonte die ewige Treue zum deutschen Reich.

Präf. Fehrenbach schließt sich namens Elsaß-Lothringens, daß hier nicht sprechen könne, den Verwahrungen der Vertreter der anderen von Deutschland losgelösten Gebiete an und erhebt im Namen der Nationalversammlung Protest gegen die Vergewaltigung dieses Gebietes.

Nach einer Stellungnahme der Redner zum Deutschenationalen Antrag, die in Parisergezähn ausgetragen droht, ergibt die Abstimmung dieses Antrages die Ablehnung des Antrages gegen die Stimmen der Anteilsteller und einige Mitglieder der deutschen Volkspartei und die Annahme des Gesetzesvorschusses ohne Änderung. Auf Vorschlag des Präsidenten Fehrenbach tritt das Haus gleich in die die dritte Beratung ein. Das Wort wird nicht verlangt.

Die Abstimmung.

Auf Antrag des Abg. Richter (Ostpreußen) (Deutschland) folgt namentliche Abstimmung. Daraan beteiligen sich 323 Abgeordnete, 208 Stimmen mit Ja, 115 mit Nein. Damit ist das Gesetz angenommen. Das Haus verzögert sich dann bis um 3 Uhr. Hierauf wird die erste Beratung der Steuervorlagen fortgesetzt. Die sämtlichen Steuervorlagen werden schließlich auf Antrag Schlesier (Demokrat) an drei Ausschüsse von je 28 Mitgliedern verwiesen. Das noch zur dritten Beratung stehende Reichsiedlungsgesetz wird an den Ausschuß zurückverweisen.

Die Entente verlangt die Auslieferung Kaiser Wilhelms.

Berlin, 9. Juli. Der "Matin" meldet: Sämtliche Ententemächte richten an die holländische Regierung bereits ein Gesuch um Auslieferung des Kaisers. Die holländische Regierung verharrt sich zwar gegen die Verleugnung dessen, was sie als Unrecht betrachtet, fühlt sich aber andererseits praktisch außerstande, sich dem Gesuch zu widersetzen.

Wenn es sich zunächst auch nur um die Melbung eines Pariser Blattes handelt, so ist doch anzunehmen, daß sie an sich zutrifft und bald wohl offiziell bestätigt werden wird. Wir stehen damit also vor der Tatsache, daß die Entente die Auslieferung des Kaisers und den Prozeß will, und daß man sich darüber in Berlines verständigt hat.

Holland gegen die Auslieferung.

Der "Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet: Gegen den Plan, den Kaiser vor ein Gericht in London zu stellen, macht sich ein scharfer Widerstand geltend. Man darf annehmen, daß Holland nicht verschämt wird, darauf hinzuweisen, wie der Schutz der kleinen Nationen durch diese Verleugnung des neutralen Rechtes von England gehabt wird. Wenn die Auslieferung des Kaisers von Holland erzwungen würde, so wäre das ebenso schlimm, wie die Verleugnung der Neutralität Belgien, die man dem Kaiser vorwirft.

Dat Holland einem Befehl der Entente, den Kaiser auszuliefern — einerlei in welcher Form er zum Ausdruck gebracht wird —, einschließlich müssen, darüber ist kein Wort zu verlieren. Sehr richtig aber weiß die niederländische Presse schon jetzt darauf hin, daß jeder Zwang in dieser Richtung grundsätzlich genau ebensolche Verleugnung der holländischen Neutralität sein würde wie die Verleugnung der Neutralität Belgiens, die man Deutschland zum Vorwurf mache. Die Hauptfrage bleibt natürlich die: Wie wird sich der Kaiser selber verhalten? Wird er diesen Gerichtshof im Tower anerkennen? Seine Auslieferung kann man durch Gewalt und Drohung erzwingen. Niemand aber wird ihn zwingen können, vor einem solchen Gerichtshof eine Aussage zu machen, wenn er nicht will.

Wie die Söhne des Kaisers, so hat sich auch Prinz Heinrich, der Bruder Wilhelm II., an König Georg gewendet, um die Auslieferung des selben zu verhindern. Er sagt zum Schluß: „Die aller Wahrscheinlichkeit nach jahrelang ausgestreuten Verleumdungen über den Deutschen Kaiser zu widerlegen bin ich bereit und stelle mich Em. Majestät zur freien Verfügung, um Em. Majestät behilflich zu sein, die Wahrheit über die Kriegsursachen und deren Folgen an das Licht zu bringen.“

Deutsches Reich.

Berlin. Nun soviel Gefangen zurück wie deutsche Arbeit nach Frankreich! Die Niederländische Telegraphen-Agentur meldet aus Paris, daß Baron Roënel und Dutasta übereingekommen seien, die 300 Entlastung kommenden Kriegsgefangene durch deutsche Facharbeiter zu erledigen. Die Entlastung werde im Verhältnis zu den aus Deutschland entzogenen Arbeitern erfolgen. Dieser Auffassung muss aus dem entzogenen entgegengestellt werden. Deutschland ist jedoch tatsächlich bereit, an dem Wiederaufbau in Frankreich mitzuwirken und zu diesen Zwecken geschulte Facharbeiter zur Verfügung zu stellen. Es ist jedoch nicht angängig, die Brüder-

lung dieser Arbeitsträger in irgend einer Weise mit der Heimbeförderung der Kriegsgefangenen in Zusammenhang zu bringen. Dieser hat vielmehr nach Artikel 214 des Friedensvertrages ohne weiteres nach Indemittation mit der größten Beschleunigung zu erfolgen.

(Ausgleich in der Schulfrage.) Die „Germania“ klärt, daß sie in der Lage sei, statt der Kriegszeit in der Frage der Schulgelehrte beschreibt, die Tatsache zu verdeutlichen, daß die in der vorherigen Woche begonnenen Verhandlungen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie hielten über die Schulfrage zu einem Abschluß gekommen sind. Der Ausgleich gebe dahin, daß die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Gebiet der Schule nicht geändert werden sollen, daß als die konfessionelle Schule erhalten bleiben soll und daß der Religionsunterricht im Lehrplan verbleibt, ohne jedoch Pflichtisch zu sein. Eine endgültige Regelung bleibt dem Reichsgericht vorbehalten. Die Möglichkeit der Errichtung von Privatschulen soll bestehen bleiben und die Bedürfnisse der Schule soll nicht aufgehoben werden dürfen, nur die Erfüllung gewisser technischer Voraussetzungen darf verlangt werden. Eine Stellungnahme der sozialistischen Fraktion sei bisher noch nicht erzielt, doch habe der Ausgleich die Zustimmung des konservativen Kabinetts gefunden.

(Eine polnische Ungehorsamkeit.) Die deutsche Befreiungskräfte amtierten teilweise dem Chef der italienischen Mission in Berlin mit, daß die Männer am 6. d. M. nämlich Stand auf neutralem Gebiet auf deutsche Soldaten des Infanterie-Regiments 51 geschossen und durch einen sofort eingestellten Kriegsgericht zum Tode verurteilt haben, die sich absolut keine Handlungen zuschulden kommen ließen um ein solches Laster auch nur im mindesten zu rechtfertigen. Das Todesurteil wurde am gleichen Tage vollzogen.

Die Streikbewegung.

Berlin, 9. Juli. In Österreich sind, wie die „A. B. R.“ berichten, aus politischen Gründen eine Reihe von Streiks ausgebrochen. Der Güterverkehr auf den Straßen Tacrowitz-Döppeln und Tacrowitz-Euren ist seit gestern 12 Uhr, der Personenverkehr seit gestern abend 6 Uhr lahmgelegt. In Danzig ist der Eisenbahnerstreik wieder ausgebrochen. Die Zahl der Toter beträgt bis jetzt im Januar fünf Toten und sechs Verwundete.

Hamburg, 9. Juli. In der abgehaltenen Ausstellungskonferenz des Deutschen Eisenbahnerverbandes, an der sich 147 Funktionäre beteiligten, wurde mit 134 gegen sieben Stimmen bei sechs Abstimmungsbeteiligung eine Resolution angenommen, in welche die Zusammenfassung erklärte, von einem Streikstreik der Eisenbahner Abstand zu nehmen. Sie fordern freilich die Befreiung in dem Ausland befindlichen Kollegen auf, unverzüglich die Arbeit wieder aufzunehmen und verlangen, daß der Hauptvorstand schriftlich die Verhandlungen mit dem Ministerium einnimmt und die Eisenbahner-Forderungen zur gegebenen Zeit zentral durchführt.

Baralong in Scapa Flow.

Nach einer in Kiel eingetroffenen Meldung haben die Engländer in Scapa Flow mehrere deutsche Marineangehörige, darunter den Kommandanten von Mackenau, als sie versuchen wollten, sich in einem Boote zu retten, an Bord dieses Bootes erschossen, obgleich sie völlig wehrlos waren. Das Torpedoboot „B 89“, das bei den Schiffen in Scapa Flow als Postüberbringer weilt und dem von den Engländern freies Geleit zugesichert war, ist von den Engländern zurückgehalten worden. Die Besatzung wurde nach Deutschland zurückgeführt. Die deutsche Regierung hat auf eine Anfrage über den Verbleib des Bootes die Antwort bekommen, es sei auf militärischen Befehl zurückgehalten worden. Die deutsche Regierung hat daraufhin Protest gegen diese Maßnahme eingelegt.

Bremen, 7. Juli. Der deutsche Proviant-Dampfer „Dollart“ ist mit der Besatzung des Torpedobootes „B 89“ von Scapa Flow wohlbehüten zurückgekehrt. Der Kapitän berichtet, das „Dollen“ und „Enden“ nicht gesunken seien. Die Zahl der Getöteten beträgt nicht, wie Reuter berichtete, mehrere Hundert, sondern beschränkt sich auf einen Offizier und einige Leute.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 10. Juli.
— An unsere Leser. Infolge des Bergarbeiterstreiks sieht sich wegen Kohlemangels das Oberlausitzer Elektrizitätswerk gezwungen, zunächst Dienstag und Freitag tagsüber die Stromlieferung einzustellen. Dadurch wird auch unser Betrieb, da die Druck- und Schmiede vom genannten Werk mit Kraft gespeist werden, sehr in Mitleidenschaft gezogen. Wir wollen mög-

lichst die Tage nicht verblitten, Ge-
In späteren Jahren sollte die dringende
so zeitige und schwere Er-
e erleichtert.

— Der
viele lang
wurden. In
kungslösungen
wiede mind-
Songabend
einblieb
70 Prozent
und wollte
auf das Ge-
jen, was die
schnellstes
laut gene-
den Batte-
nung, daß
so das Ge-
stellung der
vermieden
frage er-
wick die L
der ein-
gesetzte
kauliche L
keitet zuver-
Bekämpfung
folge der
entte Geset-
in Sachsen
ten würdig
gute Tage,
sichlag, in
auf zu b
anzuhänger
chen, zwei
Tiefen zu
aus jenseit
evtl. eindring-
dieser We-
tagen.

— Gr-
Sachsen.
im Westen
den und N
taucht, dien
Wegen da
lädt sich he
sachische
einem ja
viele Monat
Bekämpfung
— Sto-
Folgen des

— Du-
82.

„Sagt, w
unser Leben
nicht etwa
dass Es die
Denn das re
gen in der

„Ne, ne
„Ja, also
und wir
wieder abge-
nicht wahr?
„Ja, Nat
gen.

„Es wird
Räthe zu
„Ich heu
„Ja, wi
„Das sag
meinte Eri
„Der fü
„Das hat
sagt. Geb'n
„Ja, Nat
Räthe.“

„Mit Sku
suffenen Do
Madel und
matisch geste
te anfangs n
sies doch.
gibus kein

„Der Redn
„Und es i
söhlt er —
„Natürlich

“

der Welt mit
nen in Ausam-
richt nach Ar-
weiteres nach
Lösung zu

Die „Germania“
ist der Kriegs-
tag bestellt, die
Vorläufige Wode
Centrum und
u einem Ab-
he dahin, bis
n Besitz der
als die Kon-
und das der e-
plan ver-
h zu sein.
Reichsbehörde
richtung von
die Behörden
chen, nur die
Begungen auf
e der sozial-
erhöht, doch
s kultürmi-

Die deutsche
hef des itan-
dass die Pa-
talem Gebiet
egiments si-
rechts Kriegs-
h absolut fei-
zen um ein
roftigsten
vollzogen.

1 sind, wie
en Gründen
e Witterungs-
n und Tax-
er Personen-
st. In Lan-
ge gebrochen
ausen fünf
tenen Aus-
hnerverbau-
gten, wurde
Stimmca-
in weidet
tskreis der
rden de-
polischen Pol-
e einzusch-
ed schaf-
tum eut-
n zur ge-

ung haben
re deutsche
mandanten
en, sich in
Bootes er-
ren. Das
schiffen in
und dem
sicher war,
n worden.
zurückge-
ne Anfrage
et bekomm-
sgehalten
daraufhin
d.

Provinz
des Tor-
hbehalten
„Boden“
Jahrl der
e, mehrere
n Offizier

Juli.
Bergar-
gels das
gen, zu-
über die
sich wird
maschine
werden.
den mög-

lisch die Herausgabe des „Tageblatt“ an gleichen Tagen nicht einstellen, müssen aber unsere Leser bitten, Geduld zu haben, wenn das Blatt etwa in späterer Stunde als üblich in ihre Hände kommen sollte. An alle Inserenten richten wir zugleich die dringende Bitte, die Anzeigen für diese Nummern so zeitig wie möglich auszugeben, damit uns der schwer Eingriff in unseren Betrieb wenigstens etwas erleichtert wird.

— Der Ausstand im Lugau-Döhlener Bergrevier kann auch heute noch als vollständig bezeichnet werden. Nur einige Tagesarbeiter und die Blaekolone arbeiten. Über die Ursache zum Steuerwiede mitgeteilt, dass die Bergarbeiter mit dem am Sonnabend in Jüdau gefällten Schiedsspruch nicht einverstanden sind. Sie fordern in erster Linie die 70prozentige Lohnherhöhung auch für Monat Juni und wollen den bewilligten 40prozentigen Satz nun auf das Gehinde als Mindestlohn angewendet wissen, was nachdem das Schiedsspruch als Durchschlagsatz beschloss — Wie uns hinzus aus Zwickau gemeldet wird, dauern die Verhandlungen mit den Vertretern der Bergarbeiter an; es besteht Hoffnung, dass die Arbeit bald auf genommen wird, so dass die sonst für Ende der Woche drohende Verschärfung des Eisenbahnbetriebs auf der Staatsbahn vermieden werden könnte. Auf telephonische Anfrage erläutern wir, dass heute im Jüdau eine Bergarbeiter allenfalls wieder einzufangen sind. — Im Anschluss an die gefürchtete Festigung der Vollstammer stand eine vorläufige Beisetzung statt, in der, wie unser Beobachter sorgfältig feststellte, die Frage einer sofortigen Beisetzung der Kammer erworben wurde, weil infolge der sich täglich steigenden sozialen Krisen die reale Gefahr besteht, dass der Personenzugverkehr in Sachsen eingestellt werden muss. — Die Deutschen wünschten eine sofortige Verlegung der Eisenbahn in höchster Lage, die Unabhängigkeiten machen den Vorfall, in höchstem Maß, um die Abgesetzten nach Hause zu bringen. Personenzugwagen an die Schweiz anzuhängen. Weitaus wurde der Wunsch ausgesprochen, zwei Mitglieder des Kommandos in das Lugau-Döhlener Sektorientier zur Belebung der Sträflinge zu entenden. Nach längster, äußerer Zeigt Auseinandersetzung fand man dahin überkommen, ungedacht, die evtl. einkettenden Umstände und in Abberacht des zu erledigenden wichtigen Verhandlungssatzes bis Ende dieser Woche, wie schon früher vorgezeichnet, durchzutragen.

— Größere Mengen Salzheringe für Sachsen. Das Reich hat, wie unser Vertreter im Wirtschaftsministerium mitgeteilt wird, in Zwischen und Rixen 750.000 daß. Salzheringe an gestaut, deren Ablauf demnächst erwartet wird. Welche Mengen davon im einzelnen auf Sachsen entfallen, lässt sich heute ziffermäßig noch nicht angeben. Das Sachsen-Wirtschaftsministerium rechnet aber mit einem sozialen Quantum, das in jedem der nächsten vier Monate, der Juli schon mit beigezählt, eine Verteilung von Salzheringen erfolgen kann.

— Stockung in der Kartoffelzufuhr. Die Folgen des Streiks auf den preußischen Eisenbahnen

machen sich bereits auch für unsere Gegend in einer Stockung der Kartoffelzufuhr bemerkbar. So leidet indirekt das ganze Volk unter der Unvergnügen einer kleinen Anzahl verheizter Unzufriedener.

— Richtpreise für die Pfauen, Bienen und Apfelernte. Bekanntlich hat sich die Reichsgemüsestelle nicht bewegen lassen, einheitliche Richtpreise für die Kirchen festzulegen. Vielmehr sind diese vom sächsischen Wirtschaftsministerium selbständig vorgeschrieben worden. Leider verschlechtert die sächsische Verordnung ihren Zweck, weil die Richtpreise nur für die in Sachsen erzeugten Früchte gelten. Wer kann feststellen, wo die ihm angebotenen Früchte gewesen sind? Wie zu erwarten ist, und wie man unserem Vertreter an zuständiger Stelle im Wirtschaftsministerium versichert, wird die kommende Herbstsaison von Pfauen, Apfeln und Bienen ebenso weiter bewirtschaftet werden. Anzunehmen ist auch, dass dadurch einheitlich vom Reich aus Richtpreise festgesetzt werden. Morgen finden bei der Reichsgemüsestelle Verhandlungen mit den Vertretern der Bundesstaaten statt, wobei u. a. wohl auch die Frage der einheitlichen Preisregulierung der Herbstsaison besprochen werden wird.

— Nachrichten an Kriegsgefangene. Der Verein vom Roten Kreuz in Frankfurt a. M. will es übernehmen, Briefe an die in Mazedonien internierten Kriegsgefangenen und früheren Angehörigen der Schwarzwälder Truppen in Sammelfeuern unmittelbar an den serbischen Kommandanten in Soloniki weiterzuleiten. Angehörige von solchen Gefangenen, denen an der Aufnahme eines Postverkehrs mit denselben gelegen ist, wollen daher ihre Briefe an den Landesausschuss vom Roten Kreuz in Dresden, Blumenstrasse 17, zur Weiterleitung an die obengenannte Stelle richten. Die Sendung an den einzelnen Gefangenen resp. Internierten muss folgende Adresse tragen: „An den Kriegsgefangenen Name, Juname, Regiment, Compagnie, Commandement Serbe de Prisonniers de Guerre, Salonique. Auf gleichem Wege soll versucht werden, Postkarten an die in Graovo-Salomatien, in serbischer Gefangenschaft befindliche Deutsche gelangen zu lassen.“

— Geldübermittlung nach England. Das Kriegsministerium, Unterkunftsdepartement U. 53, teilt mit, dass nach einer von der englischen Waffenstillstandscommission eingehenden Note in London eine große Anzahl von Einschreibebriefen lagert, die an deutsche Kriegsgefangene gerichtet waren, und deutisches Geld in Form von deutschen Marknoten enthalten. Die Empfänger der Briefe haben die Annahme verweigert, da in den Kästen deutisches Geld nicht angenommen wird. Eine Umwechselung der Markettägige konnte nur in London mit einem großen Verlust erfolgen, sodass unter Berücksichtigung der hierdurch eintretenden Verzögerungen der Wert der Sendungen für die Kriegsgefangenen fast hundertwiegig wird. Der Landesausschuss d. Roten Kreuz ist daher ersucht worden, die ungewöhnlichen Kriegsgefangenen, welche sich unter englischer Oberhoheit befinden, bei sich dienen

Gelegenheit auf diesen Umstand hinzuweisen und von der Übersendung des baren Geldes in Briefen dringend zu warnen.

Aue, (Erzgeb.) (Diebstahl) In Abwesenheit der Wohnungsinhaberin stahl eine unbekannte Frauensperson aus einer Wohnung in der Bockauer Straße eine Kassette mit barem Geld und 2 Sparkassenbücher, alles zusammen im Werte von 1500 Mk.

Baunen. (Tödlich verunglückt) Ist auf dem Werke Wermuthshof bei Wittichenau der 66 Jahre alte Arbeiter Peter Modsching. Bei der Anlage der elektrischen Kohlenförderung wurde er von einem umstürzenden Leitungsmaß am Kopfe getroffen.

Baunen. (Die eigene Tochter erschossen) Hat im nahen Koblenz der langjährige Jagdpächter Pech-Er war mit dem Frottieren seines Jagdgewehres beschäftigt, als eine Kugel losging, die das der Schule entwichene Mädchen tödlich traf. Die Kugel hatte vorher noch das Hostor durchschlagen.

Baunen. (Vom Blitz erschlagen) wurde in Söhlhennersdorf bei Arbeiten auf dem Felde der Gutsbesitzer Max Donath. Das an den Wagen angepannte Pferd blieb unverletzt, riss sich los und rannte heim. — Bei einem Gewitter wurde in Oberhennersdorf i. S. eine 46 Jahre alte, von der Arbeit heimkehrende Frau vom Blitz getroffen und getötet. Sie hatte einen eisernen Rechen in der Hand getragen, der den Blitz vermutlich angezogen hatte.

Leipzig. (Die geplünderte Specksendung.) Anfang voriger Woche sind auf dem Bahnhof in Leutzsch zwei Loris Speck eingetroffen, die vom Roten Kreuz den verwundeten Engländern und Franzosen zugeschickt werden sollten. Wie die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt, ist der Speck von Eisenhahnbeamten gestohlen worden. Die Diebe haben den Speck vorwegend an Eisenbahner verkauft.

Weissen. (Gewichste und wieder entwischte Leben und mittlerweile verschwundener.) Beim Gemeindewald des benachbarten Otters Böhlen versuchte dieser Tage eine Leidende Arbeitersfamilie (Vater, Sohn und Tochter) Lebensmittelmarken zu erwerben, unter dem Verdacht, sie seien Hilfsarbeiter des Friedensreichs im Orte. Der Gemeindewaldwart misstraut den Angaben und ließ die Wartenden auf abweckbaren. Vorsichtshalber erschien da jedoch die Tochter allein. Da sich die Unwahrheit irgendwo herausgestellt hatte, sollte das Mädchen in Haft gebracht werden. Ihre Bestrafung konnte jedoch nicht vollzogen werden, da die Arrestelle wegen Mangel an Wachposten mit anderen Gegenden hilfreich war. Während der Räumungsarbeiten bemerkte das Mädchen einen günstigen Augenblick, schlug daran die Türe zu, drohte mit größter Geschwindigkeit den Schlägern heim und machte sich, nachdem sie dadurch die Situation ins Gegenteil umgedreht hatte, indem sie den Frieden und seinen Helfer gekannt nicht kannte, auf und davon.

Dresden. (Mit der Einstellung des Betriebes der Gasanstalten) ist infolge der Differenzen

so gut zusammen. So eine wie — eine — na, ja, n. Wahrheitlich mit außerkämpfliche Klemme, die war nichts für ihn jewesen.“

„Nee, nee!“ rief eifrig Frau Elsner. „Nur zu was nicht?“

Das Kindchen war, um seine Mißstimmung zu verbergen, an das Fenster getreten.

„Da kommt der Vater“, sagte sie.

„Na, da war ich vor gern“, sprach Frau Elsner. „Ze kommt miteinander zu reden. Ich seh heute noch mal nach Ihnen.“

Sie nickte dem einziegenden Metten freundlich zu und ging, während der Kommissar einen Hut auf einen Stuhl wog und unruhig auf und ab ging.

„Was hast Du denn, Vater?“ fragte Frau Elsner.

„Nichts, nichts“, antwortete dieser. „Ich bin nur so aufgereggt. Ich war im Hotel bei Hermann Er war gleich hier.“

„Um Gottes willen!“ rief Frau Elsner. „Und wie es hier aussieht.“

„Wie es hier aussieht!“ hämmerte Metten. „Na, dann kann dich ihr Weiber zuerst. Aber an die Hauptstrophe denkt ihr nicht: an die Grenze!“

„Ja, die Fränze, das Unglücksstück“, hämmerte Frau Elsner, „das ist allerdings schlecht!“

„Lass Du denn dem Onkel ja nichts von mir gesagt, Va.“ fragte Räthe.

„Das ist ja eben!“ meinte Metten. „Er hält sie tot! Nur hat ihm jährlings vor Jahren bestanden, dass Räthe und sind gestorben sind. Und vorde ist sie noch 20 haben bis jetzt den Mut gehabt, ihm zu sagen, dass seine Tochter lebt. Er ist ein verzweifelter, heiliger Mensch. Wenn er stirbt, wie sie lebt — das, sie eine Valoren ist — o, es ist nicht auszudenken!“

„Sie können nichts dafür“, sprach seine Frau.

„Wie haben sie aus dem Hause gejagt?“

„Und mit gutem Grund!“

„Es wird nicht leicht sein, ihm dies beizubringen zu machen!“

„Tut mir doch es andere tun!“

„Andere!“ rief Metten bestig. „Andere!“ Denn wohl die Sache an die große Störte zu hängen? Hermann wird sich dafür bedanken, dass seine Schande in ganz Berlin ausgespielt wird! Klein, klein! Aber erfahren muss es — o, vermeintliche Geschichte.“

Räthe lachte es.

„Das wird er sein“, sprach zusammenhängend der Kommissar. „Was tun?“

Er ging hinaus, um zu öffnen, und lehnte mit solche Anzahl, der den beiden Frauen berichtete: „Warten Sie“ sagte, und dann Frau Elsner die Hand.

„Ach kann Ihnen nicht sagen“, rief er, „wie ich mich freue, Sie wiederzusehen.“

„Es geht mir ebenso wie Ihnen“, sprach die Metten. „Und wie gut Sie aussehen! Und es geht Ihnen auch gut. Mein Mann hat mir alles erzählt.“

Metten wandte sich etwas vorlegen zu räthe.

„Und Sie, Räthelein Räthe“, sprach er, „Sie heißen mich nicht willkommen? Ich komme eben von Hermann, wo ich Sie aussuchte. Sie sagten mir, das ich Sie bei Ihren Eltern finde.“

Das Räthe hielt sie, schen zu ihm aufzuladen, und legte seine dargereichte Hand.

„Sie juchzen mich auf?“

„Selbstverständlich! Sie, meine liebe Freunde.“

„Wie Freunde?“ sprach sie lachend.

„Doch glauben Sie, ich hätte vergessen, wie Sie und gut Sie zur Zeit meines Unglücks gegen mich waren, Räthelein Räthe?“

„Ja, damals!“ seufzte sie.

„Von der glücklichen Veränderung unserer Ehe wissen Sie doch. Hat von Röbel?“ fragte die Metten. (Fortsetzung folgt.)

im Gastwirtschaftsgewerbe zu rechnen, und zwar für den Fall, daß die Arbeitsgemeinschaft der Gastwirtschaftsangestellten infolge des Abbruches der Verhandlungen den Eintritt in den Streik erklärt. Die Arbeitgeber haben namentlich die Forderung der Angestellten auf Abschaffung des Trinkgeldes nicht anerkannt, die übrigens auch von zahlreichen Arbeitnehmern nicht gewünscht wird. — (Ertrunken.) An Sonntag abend gegen 7.8 Uhr ertrank in der Elbe am Terrassenufer die Münzgasse 3 wohnhafte Söhne Lotte Christoph.

Pirna. (Ertrunken.) In Dürnbörsdorf bei Pirna ertrank am Sonntag nachmittag der in den 40 Jahren stehende Besitzer des Steinbruches, ein Herr aus Dresden. Er unternahm mit zwei ermordeten Töchtern an einem selbstgezimmerten Floß auf dem Teiche eine Ruderpartie, dabei kippte das Floß um und alle drei fielen ins Wasser. Während die beiden Töchter gerettet werden konnten, ertrank der Vater. Er hinterläßt eine Witwe und 9 Kinder.

Flöha. (Kartoffelschleichhandel.) Durch Verfolgung eines Rittergutsbesitzers L. in Börnchen bei Döderau gehörigen Geichts konnte der A.Rat Flöha einen größeren Kartoffelschleichhandel aufdecken. Mittels eines Schlebers wurden dieselben in Chemnitz zu 55 Mark der Zentner an den Mann gebracht. Die Kartoffeln wurden beschlagnahmt und der Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet.

Lugau. (Erlöschen) wurde ein 7 Jahre alter Knabe namens Franke aus Neu-Döbeln von einem umfallenden Tor des Kaiserin Augusto-Schachtes.

Meerane. (Festgenommen) wurde von der Polizei der in der Schaustellung auf dem Schüngelplatz tätig gewesene Arbeiter Scholl aus Leipzig. Er wurde von der Staatsanwaltschaft in Altenburg wegen schweren Diebstahls gesucht.

Verteilung von Rohstoffen für die Leder- und Schuhindustrie.

Die unter Beteiligung des Reiches und des Altlederhandels hauptsächlich zur Verwertung der Heeresbestände an Altleder gegründete Altleder-Bewertungsstelle ist nun mehr in Kürze in der Lage, mit der Verteilung von Rohstoffen und Halbfabrikaten zu beginnen. In den Mitteilungen der Reichsstelle für Schuhversorgung, Nr. 6 vom 26. Juni d. J. (gegen Einsendung von 50 Pf. oder Nachnahme erzähliglich bei der Reichsstelle für Schuhversorgung, Presse-Arbeitung, Berlin W.S., Kronenstraße 2) werden die verschiedenen Artikel bekannt gegeben, die den einzelnen Zweigen der Schuh- und Lederwarenfabrikation sowie den sonstigen Leder verarbeitenden Industrien und dem Schuhmacher- und Sattlergewerbe zugeführt werden.

Die Abgabe der Erzeugnisse an Selbstverarbeiter erfolgt auf dem in der Bekanntgabe näher bezeichneten Wege durch Vermittlung der zuständigen Verbände oder des zugelassenen Altlederhandels, denen Preise und Abnahmeverbindungen von der Altleder-Bewertungsstelle genau vorgeschrieben sind.

Die sachgemäße Umarbeitung der Rohstoffe erfolgt in den umfangreichen Betrieben der Altleder-Bewertungsstelle, die in den verschiedenen Teilen des Reiches errichtet wurden. Es ist auf diese

Weiße möglich, Rohstoffe und Halbfabrikate zu schaffen, die den Leder verarbeitenden Industrien und Gewerben Gelegenheit geben, ihre Arbeiter zu beschäftigen und den Verbrauchern notwendige Gebrauchsartikel zuzuführen.

Eine weitere Aufgabe der Altleder-Bewertungsstelle ist die Herstellung von Neuschuhwerk aus dem gewonnenen Altleder. Es wird ebenso wie das instandgesetzte Zivilschuhwerk durch Verarbeitung wertvoller Materialien nun mehr in wesentlich besserer Beschaffenheit zur Ablieferung gelangen. Auch wiederhergestelltes Militärschuhwerk wird in größeren Mengen der bürgerlichen Bevölkerung zugeschürt werden können.

Den Kommunen ist durch Bezug dieser Fertigfabrikate Gelegenheit gegeben, die besonders von der Schuhnot betroffene minderbemittelte Bevölkerung mit brauchbarem Schuhwerk zu versorgen.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Weltkrieges für die Vereinigten Staaten.

BSJ. Die wirtschaftliche Bedeutung des Weltkrieges für die Vereinigten Staaten kennzeichnet sich am erkennbarsten wohl in den zwei Zahlen, daß Amerika gegenwärtig 40 v. H. weniger von Europa bezieht und ihm über 16 v. H. mehr als 1913 schickt. Der Abnahme der Einfüsse aus Europa steht eine sehr erhebliche Zunahme vorzüglich aus Südamerika und Asien gegenüber. Auch die Art des ganzen Auslandshandelns hat sich mehr oder weniger geändert. Infolge der rapid entwickelten Industrie der Vereinigten Staaten werden diese sich immer mehr darauf umstellen, die eigenen Rohstoffe nicht ausländischen Ländern zu schicken oder nur in sehr viel geringerer Umfang als das früher geschah und sie vielmehr in den eigenen Werkstätten verarbeiten, um dann die Fertigfabrikate auf den Weltmarkt zu werben. Man kann sogar noch weitergehen und sagen, daß die Vereinigten Staaten im Laufe der Jahre immer mehr zu einem Rohstoffbezugsland, hauptsächlich für tropische und subtropische Produkte werden. Zu diesem Zweck suchen sie sich ja bereits heute die wirtschaftliche Abhängigkeit der südamerikanischen Staaten zu sichern und sehen in diesen das riesige Rohstoffreservoir, das ihnen später die erforderlichen Betriebsmittel für ihre Industrie liefern soll. Bislang hatte der Nordamerikaner auf dem südamerikanischen Markt sehr wesentlichen Widerständen zu begegnen, die hauptsächlich in seinem wenig konkurrenzfähigen Wesen, sehr oft auch in inkorrekt oder direkt unechtem Auftreten lagen. Hierzu ist es nun sehr interessant zu erfahren, mit welchen energischen Maßnahmen der ehrliche Handel, vor allem unterstützt durch den American Commercial Club, für eine Ausscheidung aller unseligen vorgehenden Elemente eintritt. Ohne Kosten und ohne Mühen zu scheuen, sollen derartige Fälle sofort dem Konsul bzw. den größten Handelsorganisationen mitgeteilt und den Banken zur weiteren Untersuchung übermittelt werden. Das Ergebnis soll dann an die Union weitergegeben werden. Bei dieser soll ein Gesetz zur Bestrafung derartiger Elemente in Vorberitung sein. Wir bemerken übrigens, daß ganz ähnliche Maßnahmen von Seiten

der japanischen Regierung im Interesse des ehrlichen japanischen Außenhandels bereits geplant sind und bemerken hierzu, daß zweitens auch der ehrliche deutsche Handel ein Interesse daran haben würde, wenn er von allen Seiten gerade im auswärtigen Geschäft gegen die Machtnationen unehrlicher Konkurrenten geschützt wird.

Das Übergangsgefeß für das Volksschulwesen vom Gelehrgangsausschuß der Sachsischen Volkshammer in zweiter Lesung angenommen.

Dresden, 8. Juli. BSJ. In der heutigen Sitzung des Gelehrgangsausschusses wurde, wie unser Vertreter erläutert, in Anwesenheit des Kultusministers Buch mit mehreren Abgeordneten die Vorlage des Übergangsgefeßes mit 10 gegen 6 Stimmen angenommen. Gegen das Gesetz stimmten die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei. Von Seiten des Ministerialstaatsrates wurde der Antrag gestellt, hinsichtlich der Frage des Religionsunterrichts wieder hergeholt, d. h. die Regelung des Religionsunterrichts in Sachsen zu verschieben, bis eine Stellungnahme seitens der Nationalversammlung in Weimar zu dieser Frage erfolgt sei. Trotzdem blieb es bei dem in der ersten Lesung geäußerten Beschluss, wonach der Religionsunterricht aus der Volksschule ausgeschlossen wird, nur wurde die Bestimmung eingefügt, daß der Religionsunterricht in der gegenwärtigen Form noch bis zum 1. April 1920 weitergeführt wird.

Zu der Frage der Stellung der bisherigen Schuldirektoren hielt die Vertreter der bürgerlichen Parteien an dem Standpunkt fest, daß verbriehte Rechte nicht bestätigt werden dürfen und traten deshalb auch in diesem Fall für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein. Nachdem aber inzwischen die Regierung den Standpunkt der Mehrheit des Gelehrgangsausschusses sich zu eigen gemacht hatte, wurde beantragt, daß künftig eine Wiederwahl der Direktoren auf Grund des Vorschlagsrechtes der Lehre erfolgen darf.

Hierzu schreiben die „L. N. N.“: Der Kulturmarsch in Sachsen geht keinen rücksichtslosen Gang. Die Volkshammer hat am Dienstag nachmittag das Kirchenaustrittsgesetz beschlossen und damit den 14jährigen erlaubt, der Altar den Rücken zu kehren. Am Vormittag bereits haben die Herren Arzt und Lipinski ihre Gesellschaft im Gelehrgangsausschuß dahin gebracht, einen weiteren Abstimmungssieg der Kirchenföderation über die religiöse Kultur zu erwingen. Es handelt sich um die zweite Leistung des Volksschulübergangsgefeßes. Zunächst wurde ein Antrag von Dr. Käser (D. Volksp.), als Zweck der Schule die Erziehung im Dienste des deutschen Volkstums zu bestimmen, von den vereinigten Sozialdemokraten gegen die geschlossenen Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt. Sodann setzte sich die Regierung mit Unterstützung der bürgerlichen Parteien mit Wärme dafür ein, daß der Religionsunterricht in seiner augenfälligen Gestalt in der Volksschule verbleiben sollte. Es war bezeichnend, daß Ministerpräsident Dr. Grädauer selbst zugegangen war und das Wort ergriff. Er führte aus, die Bundesstaaten müßten sich unbedingt dem Rechte unterordnen. Es sei deshalb falsch, hier Beschlüsse zu fassen, die den Weimarer Beschlüssen entgegenstehen. Es wäre töricht vom Staate, den Religionsunterricht als ein hervorragendes Erziehungsmitel aus der Hand zu geben und ihn den Religionsgesellschaften zu überlassen. Es sei unverständlich, etwas zu zertrümmern, bevor man imstande wäre, etwas Neues an seine Stelle zu legen. Es müßte deshalb unbedingt vermieden werden, in diesem schwierigen politischen Augenblick derartige Kämpfe herauszubringen. Kultusminister Buch schloß sich dem Erwischen Dr. Grädauers, es in seinem bisherigen Zustande zu belassen, dringend an. Gleichwohl wurden die früheren Beschlüsse des Gelehrgangsausschusses vollkommen aufrecht erhalten. Damit erüttelt nicht nur die Religion und die Kirche und das Bürgertum, sondern auch die Regierung von ihren eigenen Freunden, sondern einen Sieg. Sie werden wahrscheinlich später verstören, daß es ein Pyrrhuszug war.

Preiswerte
Beleuchtungsförper
empfiehlt
G.-W. a. d. Lungwitz,
Justiz.-Abteilg. Lichtenstein.
Einige Kegelanzücker
werden bei guter Bezahlung angenommen. Zu melden bei
August Liesenberg, Lichtenstein.

Ein hervorragendes Fachblatt seiner Art — ist die illustre Jagd- und Wildwacht „St. Hubertus“ (Cöthen). Bringt gebogene Aussäge über Jagd, Schießwesen, Hundezucht, Forstwirtschaft, Fischerei und Naturkunde. Großartiger Bilderschmuck. Wertvolle Kunstdrucke.
Wirkungsvolles Anzeigenblatt: Bezugspreis 3,00 Mk. für das Vierteljahr. Jede Postanweisung und Buchhandlung nimmt Bestellungen entgegen.
Probenummern: Vollständig kostenlos bitten zu verlangen von dem **Berlag des St. Hubertus** (Paul Schettler, Döbeln (Anhalt)).

Spielvereinigung
„Rasensport“
Heute abend 8 Uhr
Versammlung
im „Engelchen Hof“, Collnberg.
Erliegen eines jedes Mitgliedes ist Pflicht. D. B.

K.L.
Sonnab. u. Sonntag
Verlorene Töchter!
2 Teil.

Zwei tüchtige
Tischlergehilfen
stellt sofort bei gutem Lohn ein
Alfred Röhner,
Tischler mit Motorbetrieb,
Dessau i. E., Bahnhofstr. 2, Frankfurt a. M., Laubstr. 8.

Bahn-Koffer
mit Einsatz
Kupee-Koffer
Reisetaschen
empfiehlt

Fritz Lang
Lichtenstein, Markt 1.

Friedens-Seife!

Infolge Ausschreibebeschränkung durch die franz. Militärbehörde liefere ich jedes Quantum prima schnittfest hochprozentige
La Schmierseife
(Friedensware) zum Preise von 200 Mark pro Zentner frei Station. (Schmierseife ist keine Bohrseife und nicht Essigware.) Als Muster werden nur 5 Kg. zu 25 Mark und 10 Kg. zu 50 Mark einschließlich Emballage und Porto abgegeben.

Gesetz Spielmann,
Ges. Angebote an die Ge-
schäftsst. unter 3. L. erbeten.

Bau- und Spargenossenschaft
für Lichtenstein und Umg.
Mitgliederversammlung
Sonntag, den 18. Juli,
abends 8 Uhr in der „Goldenen Sonne.“

Tagesseraunung:
1. Saßungsänderung.
2. Häuser- und Grundstückser-
gebung.
3. Mitteilungen.
4. **Ausvo Weiß**, 1. Vorj.
Alle Quittungen über Ein-
zahlungen auf Sparbuch und
Stammanteil mitbringen, Spar-
bücher und Stammanteilkarten
werden ausgehändigt.

Schmaler eiserner Etagenofen
und eine Gaszüglampe mit
Schirm billig zu verkaufen
Hauptstraße 16.

Für Realhäuser Kl. V
wird während der Ferien tat-
kräftige
Unterstützung
gesucht.
Gef. Angebote an die Ge-
schäftsst. unter 3. L. erbeten.



Magazine, L. 1
Gehlitz, L. 1
Güthoff ge-
Kopf 1. Va-
bach, Baden
Das in diese
gelangte S
billigung
ihren Kun
Geld entw
Anrechnun
Freibank.
Nur die
mitbringen

Sonne
Eitabellen, 1
Stärkemittel,
Waschmittel,
Bouillonmür
Salattunke
1,10 Mark
Nährhefe, 1/
Qualitätsbrot
Knochenbrü
1/8 Dose 8,
1/2 Dose 2,
Dönnische Tr
Dose 9.—
Ungarischer S
Glas 5,50
Sultania-Roh
Krabben-Ert
Fleisch
nur bei Här
Berausgab
Auf Ba
A und neue
gabe soll S
erfolgen. Ni

Kurze
• Der Co
Guardian“ n
ben, daß die
je entschlossen
Alliierten aus
gesagt haben,
Gerichtshof e

* In der
die Beratun
In der Süd
Petitionen zu

* Die Leb
mehr und me
wichtigt.

* Eine de
Drahtung de
an Bord des
begeben, um
onen deutsc

* In den
mann & Co.
durch Unach
Heeresverwal
die Gewalt v
die Luft. Dre
mehrere schw

* Ein neu
der Gegend v
sich um heftig
Man beklagt
Einsturz zu